

**Tagesordnung I Punkt 10 der öffentlichen Sitzung am 19. Dezember 2013**

Antrags-Nr. 13-F-08-0101

**Open Source in Wiesbaden**

**- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 11.12.2013 -**

München hat es vor gemacht. 2004 hat die Stadt den Beschluss gefasst, ihre städtischen Arbeitsplätze auf Linux umzustellen. Die Stadt ist mittlerweile Vorreiter in Sachen Open Source. Sie macht regelmäßig Veranstaltungen und Schulungen zum Thema, um auch anderen Gemeinden zu zeigen, dass es auch ohne Microsoft und teure Lizenzen geht.

Im privaten Bereich ist Linux und Open Office/Libre Office längst etabliert, dass dies aber auch in der kommunalen Verwaltung möglich ist, wissen wohl die wenigsten - und wirtschaftlich tätige Unternehmen, die Microsoftpartner sind, werden dies den Kommunen sicher nicht als Mittel der Wahl anbieten.

Zunächst kostet eine Umstellung mehr Geld, da die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf den neuen Programmen geschult werden müssen und die Umstellung selbst nicht umsonst zu haben ist. Ist die Umstellung aber einmal vollzogen, spart die Kommune viel Geld, alleine für die Lizenzen.

Ein weiterer Vorteil der Umstellung liegt in der Wartung. Open Source Software, bei der der Quellcode offen liegt, kommt ohne kostenintensive Programmiererweiterungen von Markenherstellern aus. Programmänderungen und Erweiterungen können speziell auf die Bedürfnisse der Gemeinde zugeschnitten werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- einen Referenten der Stadt München einzuladen, um sich umfassend über die rechtlichen Aspekte von Open Source und deren Einsatzfähigkeit in Kommunen informieren zu lassen.
- die Wirtschaftlichkeit und die Machbarkeit der Umstellung auf Open Source Produkte wie Open Office/Libre Office und Linux zu prüfen.
- diese Prüfung bei der Neuvergabe der IT in 2014 mit einzubeziehen.

---

**Beschluss Nr. 0636**

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 11.12.2013 betr.

Open Source in Wiesbaden

wird zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung überwiesen.

1. Dem Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung mit der Bitte um weitere Veranlassung Wiesbaden, .12.2013
2. Dem Magistrat mit der Bitte um weitere Veranlassung

Nickel  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
-16 -

Wiesbaden, .01.2014

Dezernat VI  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich  
Oberbürgermeister